



Projektland: Kenia

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

Schlagzeilen:

- **Entscheidung über neuen Verfassungsentwurf**
- **Wahlkommission startet Prozess für neues Wähler-Register**
- **Erneute Korruptionsfälle**
- **Allianz zwischen Kalenjin-Führer William Ruto und Kikuyu-Führer Uhuru Kenyatta gefährdet das ODM-Bündnis**
- **Illegale Waffen und Munition sichergestellt**

Innenpolitik

Im ersten Quartal des Jahres dominierte die Diskussion um die geplante Verfassungsform die kenianische Innenpolitik. Zu Beginn des Jahres legte ein Expertenkomitee einen Entwurf vor, der dann in den darauffolgenden Wochen im Rahmen verschiedener parlamentarischer Sondersitzungen kontrovers debattiert wurde. Zwischenzeitlich standen rund 200 Änderungswünsche der Parlamentarier zur Debatte. Ende März wurden die Änderungsanträge dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt. Aufgrund der Tatsache, dass kein Quorum zustande kam, konnte nicht über die Änderungsanträge abgestimmt werden. Insofern wird jetzt der ursprüngliche Expertenentwurf im Rahmen eines Referendums zur Abstimmung gebracht. Als möglicher Termin wird der 2. Juli gehandelt. Viele Abgeordnete waren der Abstimmung aus taktischen Gründen ferngeblieben, um die mögliche Annahme von Änderungen zu verhindern.

Der sogenannte Expertenentwurf sieht weiterhin ein präsidentielles Regierungssystem vor, jedoch mit gewissen Einschränkungen der exekutiven Befugnisse des Präsidenten. So ist vorgesehen, dass die Ernennung wichtiger Amtsträger (u.a. Chief Justice) vom Parlament bestätigt werden muss. Gegenwärtig braucht der Präsident keine parlamentarische Zustimmung. Der Posten des Premierministers soll wieder abgeschafft werden. Zudem sieht der Entwurf die Schaffung eines Senats vor, der sich aus Vertretern 47 neu zu schaffender Regionen zusammensetzt. Der Senat kann unter gewissen Bedingungen den Präsident mit einer Zweidrittelmehrheit absetzen. Alle Gesetze brauchen in Zukunft die Zustimmung beider Häuser – Senat und Parlament (National Assembly). Auch ist vorgesehen, das Kabinett deutlich zu verkleinern und dass Kabinettsmitglieder ihr Mandat aufgeben müssen.

Noch immer gibt es in Kenia nur eine Übergangswahlkommission. Die sogenannte „Interim Independent Electoral Commission“ (IIEC) begann den Prozess der Neuregistrierung aller Wähler des Landes. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für das bevorstehende Verfassungsreferendum und wird mehrere Wochen dauern. In der Zwischenzeit dürfen in vakant gewordenen Wahlkreisen keine Nachwahlen durchgeführt werden.

Der ehemalige VN-Generalsekretär Kofi Annan reiste zum wiederholten Male nach Kenia, um die Umsetzung der sogenannten Agenda 4 Reformen anzumahnen. Vor allem kritisierte er, dass es noch immer keine Fortschritte in der rechtlichen Aufarbeitung der im Nachgang der Unruhen 2007/2008 aufgetretenen Gewaltverbrechen gegeben hat. Zur Freude der kenianischen Zivilgesellschaft verkündete der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Ende März, ein offizielles Verfahren gegen prominente Drahtzieher der Gewaltverbrechen einleiten zu wollen. In einer ersten Phase werde die Beweislast geprüft. Zum Kreise der Hauptverdächtigen gehören unter anderem zwei prominente Minister mit Präsidentschaftsambitionen. Eine Anklage durch den Internationalen Strafgerichtshof hätte daher erhebliche Konsequenzen für das politische Machtgefüge im Land. Einflussreiche, den Hauptverdächtigen nahestehende Anwälte, hatten zwischenzeitlich versucht, ein Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs mit Hilfe prominenter amerikanischer Juristen zu verhindern. Dieser Vorstoß war jedoch gescheitert.

Korruption

Ende des Jahres 2009 wurde bekannt, dass im Erziehungsministerium Mittel für die Grundschulbildung in Höhe von rund 10 Millionen Euro veruntreut wurden. Die britische Regierung stellte daraufhin ihre finanzielle Unterstützung für das Bildungsministerium ein.

Ein weiterer Korruptionsskandal erschütterte die Stadtverwaltung von Nairobi. Diese hatte ein Grundstück für rund 28 Millionen Euro gekauft welches aber anscheinend nur drei Millionen Euro Wert war.

Ein von PricewaterhouseCoopers (PWC) erstellter Bericht über den Mais-Korruptionsskandal aus dem Jahr 2008 wurde zu Beginn des Jahres der Öffentlichkeit vorgespielt. Dieser bestätigt, dass Regierungsvertreter, allen voran aus dem Landwirtschaftsministerium, staatlich subventionierten Mais an Freunde und Kollegen vermittelt hatten, die diesen dann zu Marktpreisen weiterverkauft haben. Dem PWC-Bericht zufolge strichen die Beteiligten schätzungsweise 20 Millionen Euro ein. Die Geschädigten waren in diesem Fall die Verbraucher und die notleidende Bevölkerung in den Hungergebieten, die überhöhte Preise für das wichtigste Grundnahrungsmittel zahlen mussten.

Premierminister Raila Odinga verkündete die umgehende Suspendierung des Erziehungsministers Sam Ongeru und des Landwirtschaftsministers William Ruto. Präsident Kibaki reagierte umgehend und setzte die Suspendierung außer Kraft. Anstelle dessen entließ Kibaki einige Beamte. Peinlich für den Premierminister war die Tatsache, dass auch zwei seiner engsten Vertrauten, darunter sein persönlicher Referent, im Korruptionsbericht namentlich erwähnt wurden. Der Vorfall bestätigte erneut die endemische Korruption und verdeutlicht eindrucksvoll die Uneinigkeit der politischen Doppelspitze. Zunächst sah es danach aus, als ob der Streit um die mögliche Suspendierung der Minister die Einheit der fragilen Regierung gefährden könnte - später bekräftigten beide Seiten, dass die Regierungskoalition nicht gefährdet sei. Politische Beobachter halten es für wahrscheinlich, dass die Regierung trotz aller Spannungen bis zu den nächsten Wahlen bestehen bleibt. Die Furcht vieler Abgeordneter, nicht wieder gewählt zu werden, ist weiterhin der beste Garant für ein Fortbestehen der Koalition, so uneinig diese auch sein mag.

Interessant sind die möglichen politischen Konsequenzen der Korruptionsskandale. Diese spielen Präsident Kibaki politisch in die Hände. Wohl in der Erwartung neuer politischer Allianzen, legte Präsident Kibaki seine schützende Hand über den Landwirtschaftsminister William Ruto. Minister Ruto ist derzeit der einflussreichste Kalinjin-Führer. Seine Unterstützung könnte entscheidend dazu beitragen, die politische Vorherrschaft der Kikuyu-Elite zu erhalten.

Sicherheit

Bei verschiedenen Razzien im Nordosten des Landes und in der Rift Valley Provinz wurden rund 2.000 illegale Waffen und über 60.000 Schuss Munition sichergestellt. Dies ist insofern alarmierend, weil der britische Radiosender BBC wenige Wochen zuvor, von einer gezielten Bewaffnung einzelner Bevölkerungsgruppen im Vorfeld der nächsten Wahlen berichtet hatte. Ob die aktuellen Waffenfunde im Kontext der Recherchen der BBC stehen und als Beweis für eine gezielte Bewaffnung angesehen werden können, ist keinesfalls gesichert. Durch den Somalia-Konflikt ist die Verbreitung von Kleinwaffen in Nordostkenia stark ausgeprägt.

Die Deportation eines radikalen jamaikanischen Predigers (Sheik Abdullah al Faisal) aus Kenia erregte große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Seine Deportation führte zu Solidaritätskundgebungen auf Seiten der islamischen Gemeinschaft sowie zu gewaltsamen Ausschreitungen. Die Tatsache, dass ein selbst in seinem Heimatland geächteter radikaler Prediger die Sympathie und Unterstützung von Teilen der islamischen Bevölkerung Kenias genießt, macht deutlich, dass auch Kenia nicht frei von radikal-islamischen Strömungen ist.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Wolf Krug
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – Homepage: WWW.HSS.DE